



ARBEITSGEMEINSCHAFT  
DER REGIONALEN PLANUNGSVERBÄNDE  
IN BAYERN

**VERMERK**  
**ÜBER DIE SITZUNG DER ARBEITSGEMEINSCHAFT DER**  
**REGIONALEN PLANUNGSVERBÄNDE IN BAYERN**  
**AM 19.03.2019**

Am 19.03.2019 fand um 15:00 Uhr eine Sitzung der Arbeitsgemeinschaft der Regionalen Planungsverbände (AG RPV) im Bayer. Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, in München statt. Zu dieser wurde Herr Staatsminister Aiwanger als der für den Bereich der Landesentwicklung und damit auch der Regionalplanung zuständige neue Minister eingeladen.

**Herr Staatsminister Aiwanger** als Hausherr sowie der Sprecher der AG RPV, **Herr Oberbürgermeister Stefan Bosse**, Kaufbeuren, begrüßten die Anwesenden (s. Anwesenheitsliste als Anlage zu diesem Vermerk). **Herr Oberbürgermeister Bosse** dankte Herrn Staatsminister Aiwanger für seine Bereitschaft, zur AG-Sitzung zu kommen und für einen Gedankenaustausch offen zu sein.

**Herr OB Bosse** erläuterte einfürend die Struktur der Regionalen Planungsverbände in Bayern und die Hintergründe zum Gremium der Arbeitsgemeinschaft der Regionalen Planungsverbände in Bayern. Er verwies auf die letzte Sitzung der AG RPV am 07.11.2018 in München, bei der insbesondere Punkte aus dem Koalitionsvertrag diskutiert worden seien, die sich auf die Regionalen Planungsverbände auswirken würden. Insbesondere das Thema Flächensparen sei kontrovers diskutiert worden, aber z.B. auch die Evaluierung des LEP zum Anbindegebot sei für alle gleichermaßen bedeutsam.

**Herr Minister Aiwanger** vertrat die Meinung, dass die Regionalplanung im Gegensatz zum Trend der letzten Jahre wieder gestärkt werden müsste. Nur so könnten die anstehenden Aufgaben sinnvoll gelöst werden. Er nannte folgende Überschriften, die aus seiner Sicht hierbei eine Rolle spielen würden:

- Energiewende, Ausbau der erneuerbaren Energien in Bayern
- Flächensparen / Steuerung der Ansiedlung großflächiger Gewerbebetriebe
- ggf. Einführung von Vorbehaltsflächen für die Landwirtschaft und den Naturschutz
- Biotopvernetzungsstrukturen, Gewässerrandstreifen
- Das Volksbegehren „Rettet die Bienen“ und ggf. ein Volksbegehren zum Flächensparen

**Herr Minister Aiwanger** sprach die Themen Kostenerstattung für die RPV und Sitzungshäufigkeit der Planungsausschüsse an.

Zu letzterem erklärte **Herr OB Bosse**, dass die Staatsregierung im LEP Anpassungsfristen von 2 bzw. 3 Jahren für die Regionalpläne vorgesehen habe. Letztere sei jedoch nicht einhaltbar, da die Zulieferungen seitens der staatlichen Behörden nicht zeitnah funktionierten. Diese seien aber bei bestimmten Themenbereichen erforderlich, um Fachbeiträge erstellen zu können.

Zur Evaluierung des LEP führte **Herr Minister Aiwanger** aus, dass künftig beim Riedberger Horn alle Bereiche, die Gegenstand der letzten LEP-Änderung waren, künftig in Zone C des Alpenplans eingestuft werden sollen. Zum Thema der Evaluierung des Anbindegebots bis 2020 meinte er, die Initiative für "Das bessere LEP in Bayern" könnte hier eine Rolle spielen. **Herr OB Bosse** verwies hierzu auf die Vorstellung der Initiative in der letzten AG-Sitzung, bei der die AG zwar mit Interesse, aber eher zurückhaltend auf die Ideen der Initiative reagiert habe.

Laut **Herrn Minister Aiwanger** sei nicht beabsichtigt, beim Zentrale-Orte-System (ZOS) oder beim Raum mit besonderem Handlungsbedarf (RmbH) große Änderungen durchzuführen.

**Herr Landrat Niedermeier** und **Herr Dr. Dirnberger** vertraten die Ansicht, dass im derzeitigen ZOS zu vielen Orten zentralörtliche Bedeutung zugeschrieben werde und die Anzahl der zentralen Orte mit der Realität nichts mehr zu tun habe. **Herr Bürgermeister Schelle** ergänzte, dass es sich aus seiner Sicht beim ZOS nicht mehr um ein Steuerungsinstrument handle und die Kategorien im neuen ZOS nicht mehr passten. **Herr Minister Aiwanger** fügte hinzu, dass dies aus seiner Sicht auch für den RmbH gelte.

Auf die Nachfrage von **Herrn Minister Aiwanger**, wie das Anbindegebot seitens der RPV gesehen werde, waren sich die Anwesenden mehrheitlich einig, dass dies grundsätzlich ein notwendiges Instrument sei. Zur Frage, von wem und auf welcher Grundlage die Ausnahmen vom Anbindegebot erteilt werden sollen, wurde wieder kontrovers diskutiert. Mehrheitlich wurde die Meinung vertreten, dass Einzelfallentscheidungen besser seien als im LEP verankerte Kategorisierungen, bei denen z.B. ein Handwerksbetrieb gleich beurteilt werde wie ein großflächiges Industrieunternehmen. **Herr Minister Aiwanger** befürchtete, dass es bei den diskutierten Vorschlägen eher zu einer Lockerung bei der Genehmigung von Ausnahmen kommen würde, was wiederum das Ziel des Flächensparens beeinträchtige.

Zu diesem Punkt führte **Herr Minister Aiwanger** aus, dass das im Koalitionsvertrag verankerte Ziel sei, als Richtgröße auf 5 ha/Tag Flächenverbrauch von bisher 12 ha/Tag zu kommen. Als Hauptansatzpunkt hierbei sehe er die Baugebiete auf der grünen Wiese, aber auch die Ansiedlung

von Industrie- und Gewerbebetrieben an den Autobahnabfahrten. Er wolle hier Flächensparmanager auf Regierungsebene ansiedeln, die in engem Kontakt mit den RPV wirken sollen. In der hierauf folgenden Diskussion wurde deutlich, dass je nach Raum, in dem die Verbandsvorsitzenden tätig sind, die Problemlagen unterschiedlich ausfallen und es kein Patentrezept gibt, das für alle eine befriedigende Lösung bietet.

**Herr Bürgermeister Sittinger** sprach die Energieproduktion mit erneuerbaren Energien an. Ihm gehe es darum, dass nicht nach 20 Jahren, wenn die EEG-Förderperiode auslaufe, alle Anlagen verschrottet würden, sondern Kontinuität geschaffen werde und die Wertschöpfung aus der Energiegewinnung in der Region bleibe.

**Herr Minister Aiwanger** führt hierzu aus, dass auch er sich für eine Kontinuität einsetze. Es werde bei der bayerischen Regelung „10H“ bei der Windkraft bleiben. Da der weitere Ausbau der Windenergie damit wohl begrenzt sei, solle mehr Photovoltaik auf die Dächer. Dies sei auch hinsichtlich des Flächenverbrauchs unproblematisch.

Dies führe ihn zum Thema der Stromtrassen: Wechselstromtrassen könnten nun auch erdverlegt gebaut werden. Zu Sümlink und Südostlink gebe es noch keine abschließende Lösung. Er sei der Meinung, dass in Bayern dezentrale Energieversorgung erfolgen müsse. Hierfür brauche man auch Stromtrassen. Dies werde ggf. noch Thema für die RPV.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Herr OB Bosse** bedankte sich bei Herrn Minister Aiwanger für den Gedankenaustausch und bei den Mitarbeitern des Ministeriums für die gute Zusammenarbeit.

Herr OB Bosse dankte den Anwesenden für ihre Teilnahme an der Sitzung und schloss diese um 16:55 Uhr.

Kaufbeuren, 20.03.2019  
Regionaler Planungsverband Allgäu für die  
Arbeitsgemeinschaft der Regionalen Planungsverbände in Bayern

gez.

Marquart  
Geschäftsführerin